Sonnabend, den 17. September 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 257. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Um das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen

Polens Forderungen an Danzig.

Von seiten Danzigs wieder die Forderungen als unhaltbar bezeichnet.

Bekanntlich hat die Regierung der Freien Stadt Danzig vor zwei Monaten den Schutz des Hohen Kommissars des Völkerbundes mit einem Antrag auf Abänderung des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens angerufen, um künftigen Uebergriffen der polnischen Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung und Mißbräuchen der polnischen Befugnisse zur Benachteiligung Danzigs auf dem Gebiete des Zollrechts vorzubeugen.

Die polnische Regierung hat nunmehr auf diesen Antrag Danzigs geantwortet, und zwar nicht nur mit der Ablehnung der auf den Verträgen beruhenden Danziger Wünsche, sondern mit eigenen Gegenforderungen. Dazu wird von der Senatspressestelle mitgeteilt:

„Dieser polnische Vertragsentwurf hat nur noch äußerlich die Gestalt eines Vertrages zwischen zwei Partnern. Sein Inhalt ist die

vollkommene Zuteilung aller Hoheitsrechte auf dem Gebiete nicht nur des Zollwesens, sondern auch der Wirtschaftsgesetzgebung (Ein- und Ausfuhr) an Polen.

Polen will insbesondere den Umfang seiner Kompetenzen künftig selbst und ausschließlich bestimmen.

Polen verlangt ferner die

bedingungslose Anpassung der indirekten Steuern und Monopole an die polnische Gesetzgebung, ohne Danzig irgendeine Einwirkung auf diese Gesetzgebung zum Schutze der Danziger wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse zuzugestehen.

Daß eine solche scheinbare Rechtseinheit in Wirklichkeit zur schärfsten Benachteiligung Danzigs und Bevorteilung Polens und zur politischen Waffe gegen Danzig mißbraucht werden kann, hat Danzig auf dem Gebiete der Zollrechts-„Einheit“ zu seinem Unglück erfahren.

Mit voller Offenheit bekennt sich die polnische Regierung von neuem auch zu dem Verlangen, an den Danziger Staatsgrenzen

die völlige Herrschaft über Danzig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei, der Veterinärpolizei und auf allen anderen Gebieten der inneren Verwaltung und der kulturellen Verwaltung, also auch durch Handhabung der Zensur, auszuüben.

Dieser selbe Anspruch ist in dem Verfahren betreffend den polnischen Antrag vom 15. September auf Feststellung angeblicher Verfehlungen Danzigs soeben von den Genfer Sachverständigen als unbegründet bezeichnet worden.

Polen gesteht offen zu, daß es sich nach seinem Willen nicht mehr um einen Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern handle, sondern ist der Meinung, daß

Danzig dem polnischen Zollgebiet „als ein untergeordneter Faktor“ angehöre,

und verlangt „Unterwerfung in kategorischer Form“.

Es ist schwer, angesichts solcher Forderungen die Hoffnung zu behalten, daß es einmal gelingen könne, in der Verbindung mit Polen zu einem Verhältnis zu gelangen, das Danzig den bescheidensten Lebensraum läßt.“

* * *

Dazu schreibt die sozialistische „Danziger Volksstimme“:

„Es ist selbstverständlich, daß derartige Forderungen Polens allseitige, entschiedene Ablehnung in Danzig finden. Die Lichtblicke, die sich auf Grund der neu eingeleiteten Verständigungsaktion und der für Danzig günstigen Genfer Gutachten in den Zoll-Streitfragen zeigten, werden durch diese Forderungen Polens wieder schwer überschattet. Man kann vielleicht annehmen, daß die Formulierung dieser polnischen Ansprüche noch aus der Zeit vor der von den Völkerbundsorganen eingeleiteten Verständigungsaktion stammt. Aber auch selbst wenn man auf polnischer Seite geglaubt hat, angesichts der bisher bestandenen starken Gegensätze sich für die Verhandlungen über die Abänderung des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens „Trümpfe“ sichern zu sollen, so waren die polnischen Behörden bei der Aufstellung ihrer Forderungen alles andere als gut beraten. Mit derartigen Ansprüchen wird dem Nationalismus immer neues Wasser auf die Mühlen geleitet und die Voraussetzungen für eine Verständigung immer mehr untergraben. Es muß daher gefordert werden, daß Polen seine Vorschläge für die Neufassung des Wirtschaftsabkommens dem Geiste anpaßt, der sich aus der beiderseits feierlich abgegebenen Verpflichtung zur loyalen Zusammenarbeit beider Staaten ergibt. Andernfalls muß die polnische Regierung die Verantwortung dafür übernehmen, daß durch ihre Haltung die unter so schweren Umständen eingeleitete Verständigungsaktion von vornherein in Frage gestellt wird. Wir sind aber auch der Ansicht, daß Polen mit diesen seinen Forderungen auf entschiedene Ablehnung bei den Völkerbundsinstanzen stoßen wird, wie es erfreulicherweise in den letzten Sachverständigen-Gutachten bereits der Fall gewesen ist.“

Diese Ausführungen unseres Danziger Bruderblattes sind dahin zu unterstreichen, daß ebenso wie von Danziger auch von polnischer Seite nichts unternommen werden dürfte, das die bestehende Konfliktsbasis erweitert, ein auf internationale Verträge und Gleichberechtigung basiertes Zusammenwirken gefährdet. Und die letztens von beiden Seiten, auch von der polnischen, abgegebenen Erklärungen ließen doch eine friedliche, keine Sonderrechte verletzende Regelung der polnisch-Danziger Beziehungen erhoffen.

Danzig eine — „polnische“ Stadt.

Imperialistische Gelüste einer staatlichen Institution.

Wie weit ein gewisser staatsamtlicher Imperialismus geht, zeigt wieder einmal ein von der Polnischen Sparkasse wahrscheinlich als Propaganda für diese Institution herausgegebener Taschenkalender für die Lehrerschaft (Kalendarz Nauczycielski na rok 1932/33). Wir sehen in diesem Taschenkalender auf Seite 33 eine Zusammenstellung der Bevölkerung der größten polnischen Städte, in der nach Anführung der Städte Warschau, Lodz, Lemberg, Posen auch — Gdansk (Danzig) mit 235 000 Einwohner angegeben ist.

Und dies soll ausgerechnet ein Taschenkalender für Lehrer sein, die doch wahrheitsgemäß ihren Schülern beizubringen haben, daß Danzig eine freie Stadt auf Grund internationaler Verträge, die auch Polen verpflichten, ist.

Holländisches Anleiheangebot an polnische Städte.

In Warschau ist ein Vertreter holländischer Banken eingetroffen mit einem Anleiheangebot an verschiedene Städte Polens. Die ersten Offerten sind den Städten Gdingen und Rrzeszow unterbreitet worden und belaufen sich auf 5 Millionen holländische Gulden (gegen 20 Millionen polnische Zloty). Die Anleihe soll zum Bau von Wegen, Wasserleitungen und Kanalisationen verwendet werden. Die Verzinsung beträgt für die Hälfte der Summe 6½ Prozent und für die andere Hälfte 7 Prozent. Die von den polnischen Städten ausgestellten Schuldscheine sollen zu 70 Prozent auf Zloty und zu 30 Prozent auf holländische Gulden lauten. Außerdem müssen die Schuldscheine staatliche Garantie haben.

Diesem holländischen Anleiheangebot wird in der polnischen Presse große Bedeutung beigemessen, um so mehr, als Holland bisher absolut kein Interesse für Polen zeigte, ja daß bisher an den holländischen Börsen nicht einmal der Zloty notiert wurde.

Die Auslandspässe.

Das Innenministerium gibt bekannt, daß in den Pässen für Auslandsreisen Kinder bis zu 16 Jahren und **nicht wie bisher zu 14 Jahren zugeschrieben werden können.**

„Arbeiterstäbe“ mit Unterstützung der Behörden.

Ein neuer Versuch der Sanacja zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen.

Nachdem die Versuche der Sanacja, durch Schaffung der sogenannten „Revolutionären Fraktion“ und des „Verbandes der Verbände“ die PPS und die Klassenverbände zu zerschlagen, mißlungen sind und diese künstlichen Gebilde in den Reihen der Arbeiterschaft absolut nicht Fuß fassen konnten, sollen diese Versuche mit einer neuen Organisation, einem „Arbeiterstab“, wiederholt werden. Der Krakauer sozialistische „Naprzod“ veröffentlicht ein Rundschreiben, aus welchem dieser Plan hervorgeht, das aber gleichzeitig darüber Aufschluß gibt, mit welchen Methoden hierbei zu Werke gegangen wird. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Legion der Jungen. Arbeitsverband für den Staat. An alle Kreiskommandanten des Krakauer Bezirks.

In Ergänzung der Angelegenheiten, die auf der Zusammenkunft der Kommandanten besprochen wurden, wird folgendes berichtet: Der Herr Abteilungsvorsteher Malaszynski hat mit den Herren Starosten bereits Konferenzen abgehalten, in Verfolg dessen die „Legion“ auf dem Gebiete der Wojewodschaft **die volle Unterstützung der Administrationsbehörden genießen wird (!!), Desiderate sind klar und offen zu stellen.** Den Kollegen werden die Arbeitsetappen in Erinnerung gebracht, von welchen während der Zusammenkunft gesprochen wurde. Bei Schaffung von Arbeiterstäben ist **größte Vorsicht bei der Wahl der Leute** zu üben. Mit legionärem „Czolem“ Dr. Jozef Bereznicki.“

Nachdem bisher alle Versuche zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen mißlungen sind, soll es nunmehr mit den „Arbeiterstäben“ versucht werden. Die Unterstützung der Behörden ist ja bereits zugesagt. Soweit wäre bisher alles gut gegangen. Nun fehlen aber noch die Arbeiter für die Arbeiterstäbe, und das ist doch die Hauptsache! Und uns deuchtet, daß sich diese nie dazu bewegen lassen werden diese behördlich unterstützten „Stäbe“ auszufüllen. . . .

Vorläufig kein Ministerwechsel.

Dagegen Regelung der Kartellpreise.

Wie verlautet, soll nach Rückkehr des Ministerpräsidenten Prystor von seinem Urlaub aus Druskienniki kein neuer Wechsel auf den Ministerposten vorgesehen sein. Die Regierung beabsichtige das Problem der Anpassung der Preise für Industriewaren an die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu lösen. Es handelt sich hierbei um Schritte, die die verschiedenen Industriekartelle zu einer Herabsetzung der Preise ihrer Erzeugnisse zwingen sollen. In diesem Zusammenhang wird über eine Ermäßigung des Zuckerpreises, des Preises für Zement, Kohle, Hüttenprodukte, Jute, Emaillegeschirr, Fensterglas, Stahl- und Eisenröhren, Schaufeln, Gabeln, Salzsäure und Schwefelsäure gesprochen.

Sejmsession Ende Oktober.

Es wird mitgeteilt, die Regierung hätte beschlossen, mit der ordentlichen Tagung des Sejm Ende Oktober zu beginnen, was übrigens von der Verfassung vorgesehen ist. Bis dahin müssen in den Ministerien die Arbeiten für der Haushaltsvoranschlag beendet sein.

Unveränderte Streiklage in der Naphthaindustrie.

Der am 1. September ausgebrochene Streik der Arbeiter der Naphthagruben wird mit vorbildlicher Solidarität durchgeführt. Seit fünf Tagen finden Verhandlungen der Vertreter der Streikenden mit den Industriellen zwecks Beilegung des Streiks statt. Die Verhandlungen haben jedoch bisher kein Ergebnis gezeitigt, da die Industriellen auf eine bedeutende Lohnkürzung bestehen, womit sich wiederum die Arbeiter nicht einverstanden erklären. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist wenig Aussicht auf eine baldige Beendigung des Streiks.

Die Ereignisse in Deutschland.

Das Diktat.

Herr Göring, der Nazipräsident des deutschen Reichstages, der einen Augenblick dastand, als wollte er etwas tun, hat sich seither wieder niedergesetzt und — zu schreiben begonnen. Zwei Tage lang gingen die Briefe zwischen dem Reichstagspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichspräsidenten, den Reichstagsausschüssen und den Parteien hin und her: die deutsche Politik hat sich in eine Schreibstube verwandelt, in der nicht gekämpft, sondern Streitschriften ausgetauscht werden. Der Ueberwachungsausschuß führt eine juristische Untersuchung über die Frage, in welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstags wirksam geworden ist. Der Reichstagspräsident steht auf dem Standpunkt, daß zwar die Reichstagsauflösung rechtsgültig, daß aber die Abstimmung vorher erfolgt und infolgedessen gleichfalls gültig sei. Demnach wäre der Reichstag zwar aufgelöst, aber die Notverordnung aufgehoben und die Regierung, die ein Mißtrauensvotum erhalten hat, müßte zurücktreten. Demgegenüber vertritt die Reichsregierung die Auffassung, daß der Reichstag in dem Augenblick aufgelöst war, in dem das Dekret überreicht wurde, also bevor er die Abstimmung vornahm; sie weigert sich, mit den weiter bestehenden Reichstagsausschüssen zu verhandeln, solange Reichstagspräsident und Reichstagsmehrheit auf ihrem Standpunkt verharren. Der Ueberwachungsausschuß hat nun schließlich beschlossen, durch Zeugen festzustellen, in welchem Augenblick, auf die Sekunde genau, das Blatt Papier auf den Tisch des Präsidenten gelegt wurde ... Man wird ganz wirr von so viel Verfassungsmäßigkeit. Und während sich die Juristen die Köpfe zerbrechen, regieren die Barone und befestigen ihre Herrschaft von Tag zu Tag. Während in den Kanzleien des Reichstages, der nicht mehr besteht, Denkschriften diktiert werden, steht das deutsche Volk längst unter einem andern Diktat. Und dieses Diktat schreibt die eiserne Faust der Junker.

Papens Bundesgenosse Mussolini.

Während die Diskussion in Deutschland von der Frage beherrscht wird, in welcher verfassungsrechtlichen Minute der Reichstag aufgelöst worden sei, steht in der internationalen Diskussion die Rüstungsforderung der deutschen Barone auf der Tagesordnung. Die deutsche Regierung hat die bereits angekündigte Zusammenfassung der Jugend- und Sportverbände unter eine einheitliche staatliche Leitung vollzogen: der erste Schritt zur staatlichen Militarisierung der Jugend, zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus ist getan. Die deutsche Sozialdemokratie hat in einem kraftvollen Beschluß ihre Antwort auf die Herausforderung erteilt, die die Rüstungsoffensive der deutschen Barone für die ganze Welt bedeutet. Inzwischen melden sich von allen Seiten Feinde und falsche Freunde, Nationalisten, Militaristen und Faschisten zu Wort. In seiner Rundfunkrede hat der Reichskanzler v. Papen mit großer Betonung auf die Unterstützung hingewiesen, die das deutsche Rüstungsprogramm von Mussolini empfangen habe. In der Tat zeichnen sich auf der Karte des krisengeschüttelten Europa immer drohender die Umrisse einer neuen internationalen Gruppierung ab: der Machtantritt der deutschen Junkerregierung wirft seine außenpolitischen Schatten. Auf die immer deutlicher werdende Drohung eines Bündnisses zwischen der deutschen Reaktion und dem italienischen Faschismus, das seine Spitze gegen Frankreich richtet, erwiderte das Parteiblatt der englischen Konservativen mit einer ebenso deutlichen Drohung einer engeren Annäherung Englands an Frankreich, ja sogar mit dem Hinweis auf die Kündigung des Vertrages von Locarno und der Erinnerung, daß auch Italien Macht- und Landgewinn zu verlieren habe, den es den Friedensverträgen verdankt. Wenn die Friedensverträge zerreißen, meint das englische Blatt — was wird dann aus Italiens Raub an Triest und Südtirol? Diese Erinnerung enthüllt in der Tat die ganze Heuchelei der faschistischen Politik. Man kann an Mussolini nicht nur die Frage richten, warum er das Recht der Deutschen auf Waffen anerkennt, aber den Deutschen Südtirols nicht einmal das Recht auf deutsche Grabsteine zugesteht; man kann ihn auch fragen, warum er seine Sympathie für Deutschland nicht entdeckt hat, solange die deutsche Republik noch ein demokratischer Staat war. Ist Deutschlands Recht in den Augen des Faschismus erst entstanden, als das deutsche Volk seine Rechte an die Junker verloren hatte? Wäre ein deutsches Heer gefährlicher gewesen, solange eine vom Volk gewählte Regierung über seine Waffen geboten hätte? Die Antwort ist, daß Mussolini solange nicht an ein Bündnis mit Deutschland gedacht hat, als in Deutschland die Demokratie noch die Politik kontrollierte; vielleicht auch solange nicht, als er noch hoffte, durch geheuchelte Friedensliebe zu einem Ausgleich mit Frankreich oder am Ende gar zu einer Anleihe in Amerika zu kommen. Diese Antwort ist aber zugleich eine Warnung: Deutschland kann auf nichts weniger bauen als auf die Treue seines neuen Bundesgenossen. Mussolini ist heute bereit, für Deutschland einzutreten; er wird morgen bereit sein, Deutschland zu verraten. Die internationale Gefahr der Kriegsbündnisse findet darin ihr Gegengewicht: daß Nationalisten, Militaristen und Faschisten stets bereit sind, dem Freund von heute morgen an die Gurgel zu springen.

Wieder zwei Flieger tot.

Gestern geriet ein Flugzeug des Fliegerklubs von Biala in einen Windwirbel und fiel aus einer Höhe von 400 Meter. Das Flugzeug zertrümmerte, die beiden Flieger fanden den Tod.

Der Abrüstungsstreit.

Deutschland macht Teilnahme an der Abrüstungskonferenz von der Gleichberechtigungszusage abhängig.

Genf, 16. September. Das Schreiben der deutschen Regierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson, das am Freitag im Generalsekretariat des Völkerbundes übergeben worden ist und in dem die deutsche Regierung ihr Fernbleiben von der Bürositzung am 21. September ankündigt, weist auf die Erklärung des deutschen Vertreters hin, daß die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe, wobei erklärt wurde, daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei. Es wird dann im Schreiben gesagt:

„Nachdem die Entschließung (vom 31. Juli d. Js.) gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht jetzt schon fest, daß die künftige Abrüstungskonvention weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleibt und sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung der Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Regime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvertion festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell wie möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben."

Außenminister Neurath gibt dann bekannt: „Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann."

Private Besprechungen.

London, 16. September. „Daily Herald" sagt, daß Macdonald zuerst den Gedanken einer Sonderkonferenz der beteiligten Mächte zur Erörterung der deutschen Ansprüche hatte, wogegen aber Frankreich Einwendungen erhoben hätte. So sei man auf den Gedanken verfallen, die Angelegenheit in privaten Besprechungen in Genf zu behandeln.

Berlin, 16. September. Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands wird von zuständiger Stelle bekannt, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Notenwechsels glaube die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können. Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit.

Der Reichsaußenminister hat am Freitag den französischen Botschafter Francois Poncet empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Ein Ausweg?

London, 16. September. Der diplomatische Korrespondent der „Morning-Post" meint: Die englische Regierung sei gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands, begünstige aber eine Abrüstung der anderen Mächte. Ein Weg aus den Schwierigkeiten heraus könne darin gefunden werden, daß man die Sonderbestimmungen des Teiles 5 des Versailler Vertrages außer Kraft setze und Deutschland erlaube, dieselben Waffen zu besitzen, auf deren Beibehaltung sich die anderen Staaten im Laufe der Abrüstungskonferenz einigen würden. Deutschland aber solle wenigstens bis auf weiteres eine Beschränkung für die zahlenmäßige Stärke seines Heeres und für die Ausrüstung auferlegt bleiben. Es sei möglich, daß Deutschland sich von dieser Art von Einschränkungsmaßnahmen für eine gewisse Zeitspanne bis zur endgültigen Abrüstungskonferenz, d. h. also auf die Dauer von 5 oder 10 Jahren, einverstanden erklären werde.

Bergarbeiter für Abrüstung.

London, 16. September. Am Freitag wurde der internationale Bergarbeiterkongreß in London abgeschlossen. Auf Antrag der deutschen Vertreter wurde eine Entschließung angenommen, in der die schrittweise und gleichzeitige Abrüstung der Mächte auf den Rüstungsstand der am meisten abgerüsteten Staaten gefordert wird.

Litwinow nach Genf abgereist.

Moskau, 16. September. Der russische Außenminister Litwinow ist gestern abend nach Genf abgereist, um an der Tagung des Geschäftsordnungsausschusses der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, der am kommenden Mittwoch zusammentritt. Litwinow dürfte auf seine Reise Berlin besuchen.

Ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung in Deutschland eingerichtet.

Militarisierung der deutschen Jugend.

Die schon seit langem von der deutschen Reichsregierung gehegten Pläne zur Vereinheitlichung der Jugendausbildung haben nunmehr durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ihre Verwirklichung erfahren. Der Reichspräsident setzt durch diese Verordnung ein „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" ein, an dessen Spitze der Reichsinnenminister steht und zu dessen geschäftsführenden Präsidenten der General der Infanterie Edwin von Stülpnagel, der frühere Kommandant des Dresdener Wehrkreises, ernannt worden ist. Das Reichskuratorium soll eine Zusammenfassung aller auf beruflicher, konfessioneller und politischer Grundlage stehender Jugendverbände darstellen. Es wird sie vor allem die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte angelegen sein lassen und dafür Sorge tragen, daß insbesondere Leibesübungen, Sport und Turnen, in erster Linie aber der Geländesport (Wanderungen und Geländespiele) geübt werden.

Aenderung auf hohen katholischen Kirchenämtern.

In den Warschauer konservativen Kreisen wird stark von großen Aenderungen auf den hohen katholischen Kirchenämtern gesprochen. Es wird angenommen, daß der Primas Polens Hlond ein hohes Amt in der Kongregation für Glaubenspropaganda in Rom übernehmen wird. Seine Stelle als Fürstbischof von Gnesen und Posen soll der schlesische Bischof Adamski einnehmen. Der Bischof der polnischen Armee Gall soll durch den Chelmer Bischof Okoniewski ersetzt werden; für Bischof Gall ist die Bischofsstelle in Tschenstochau vorgesehen. Der bisherige Tschenstochauer Bischof Kubina soll erster Bischof-Suffragan von Warschau werden.

Schon wegen des großen Einflusses, den die hohe katholische Geistlichkeit auf das gesellschaftliche Leben in Polen ausübt, ist diesen Aenderungen auch eine große politische Bedeutung beizumessen.

Wieder Schülerverhaftungen in Ostgalizien.

Großes Aufsehen hat in Stryj in Ostgalizien die Tatsache hervorgerufen, daß vorgestern eine ganze Anzahl Schüler der oberen Klassen des staatlichen ukrainischen Gymnasiums in Stryj von der Polizei verhaftet wurde. Den Verhaftungen gingen Revisionen im Schulgebäude und in den Häusern der Schüler voran, wobei man unlegale Schriften und Bücher gefunden haben soll. In Verfolg dieser Untersuchungen wurden dann die Verhaftungen vorgenommen. Wie polnische Blätter zu berichten wissen, sollen einige von den verhafteten Schülern eine regelrechte Räuberbande gegründet haben, die auf den Landstraßen und in den Wäldern Raubüberfälle auf Bauern verübten. Auch sollen sie der ukrainischen militärischen Organisation angehört haben. Natürlich sind diese Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen.

Die feindlichen Brüder...

Göring klagt Papen.

München, 15. September. Wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, hat der Reichstagspräsident Göring den Rechtsanwalt Dr. Frank II beauftragt, gegen den Reichskanzler von Papen Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen des in dem Briefe des Kanzlers an Göring erhobenen Vorwurfs, Göring habe sich des Verfassungsbruchs schuldig gemacht, als er dem Kanzler das Wort nicht erteilte.

Siegreiche Beendigung des holländischen Matrosenstreiks.

Zwischen den Vertretern der größeren holländischen Schiffahrtgesellschaften und der Streikleitung der Seeleute wurde über die Beilegung des Streiks ein Einvernehmen erzielt.

Die getroffene Vereinbarung sieht vor, daß bei sechs großen Gesellschaften die bisherigen Bezüge und sonstigen Arbeitsbedingungen bis zum 31. März 1933 aufrechterhalten bleiben.

Frankreich konvertiert die Renten.

Paris, 16. September. Die französische Regierung hat der um 15 Uhr zusammengetretenen Kammer die Gesetzesvorlage über die Ermächtigung zur Konvertierung der Renten vorgelegt. Die Einbringung des sehr umfangreichen vom Staatspräsidenten der Republik gezeichneten Entwurfs erfolgte durch den Finanzminister Germain Martin, wobei dieser die sofortige Eröffnung der Aussprache forderte. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Malvy beantragte, die Vorlage an den geplanten Ausschuß zu verweisen. Der Antrag wurde vom Haus gebilligt.

Der Finanzausschuß der Kammer hat dann die Konvertierungsvorlage der Regierung im wesentlichen gebilligt und mit ganz geringfügigen Abänderungen der Vollversammlung zurückerstattet, die um 18 Uhr die Aussprache wieder aufnahm. Die Annahme der Vorlage scheint bereits gesichert, da die Sozialisten beschlossen haben, für die Regierung zu stimmen.

Ueber die Renten, welche konvertiert werden sollen, ist bisher nichts Näheres bekannt. Es bleibt dies naturgemäß ein Geheimnis der Regierung, die dadurch allen unlauteren Börsenspekulationen vorbeugen will. Es wird angedeutet, daß die Renten auf viereinhalb Prozent konvertiert werden sollen und daß die Regierung von dieser Senkung des Zinsfußes einen Reinertrag in der Höhe von eineinhalb Milliarden Francs erwartet.

Propaganda gegen den Völkerbund.

„Je ferner, desto besser."

Wie in manchen polnischen Kreisen über den Völkerbund gedacht wird, zeigt ein Leitartikel „Je ferner, desto besser" des der Regierung nahestehenden „Kurjer Polski". In diesem Artikel wird erklärt, daß Polen kein besonderes Interesse daran habe, auf der bevorstehenden Völkerbundsversammlung wieder in den Rat gewählt zu werden. Bei der gegenwärtigen internationalen Lage wäre es für Polen empfehlenswert, sich vom Genfer Areopag etwas ferner zu halten und sich dadurch eine gewisse Bewegungsfreiheit zu sichern. Es sehe ganz so aus, als ob der Völkerbund an der Schwelle des moralischen Bankerotts stehe, und es sei daher für Polen nicht günstig, wenn es sich zu auffällig in solcher Gesellschaft zeige. Deutschland führe einen heftigen Kampf gegen die Wiederwahl Polens, aber das polnische Interesse sei heute ganz anders als 1926. Polen sei zwar heute noch nicht geneigt, allen Kontakt mit dem Völkerbund schon jetzt abzubrechen, aber andererseits sei seine Anwesenheit im Rate des Völkerbundes auch nicht mehr dringend, da das Verbleiben im Rate bei dem gegenwärtigen Niedergang des Völkerbundes höchstens eine unbequeme und lästige Lage für Polen schaffen würde.

Nach der Anerkennung der Mandschurei durch Japan.

China ist für die Mandschurei nunmehr Ausland.

Mukden, 16. September. Die Regierung von Mandschukuo hat anschließend an die Unterzeichnung des japanisch-mandschurischen Vertrages mitgeteilt, daß China vom 25. Oktober an in allen Angelegenheiten des Zollwesens, des Handels und der Schiffahrt als Ausland betrachtet werde. Die chinesischen Schiffahrtsrechte auf den mandschurischen Gewässern und den mandschurischen Häfen werden nicht mehr anerkannt. Die Ein- und Ausfuhrzölle werden von Mandschukuo eingezogen. An der chinesischen Grenze werden Zollstationen errichtet.

Japanische Truppen bleiben in der Mandschurei.

London, 16. September. In dem von der japanischen Botschaft in London veröffentlichten Protokoll, das am Donnerstag in Tschangtschun unterzeichnet wurde, wird zunächst von Japan die Anerkennung Mandschukuos ausgesprochen, das sich „in Uebereinstimmung mit dem freien Willen seiner Einwohner zu einem selbständigen Staate gemacht habe". In der ersten der folgenden zwei Vertragsklauseln verpflichtet sich Mandschukuo zur Betätigung und Innehaltung aller auf frühere und bestehende chinesisch-japanische Abkommen begründete japanische Rechte in der Mandschurei. Die zweite Klausel legt die „Zusammenarbeit Japans und der Mandschurei für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit" fest und bestätigt, daß die zur Erfüllung ihres Zweckes notwendigen japanischen Truppen in der Mandschurei stationiert werden sollen.

Jubel in Japan.

Tokio, 16. September. Die Unterzeichnung des mandschurisch-japanischen Vertrages gab in Tokio Anlaß zu großen Feierlichkeiten. Ein Zug von etwa 30 000 Mitgliedern militärischer und patriotischer Verbände zog am Kriegerdenkmal und dem Kriegsministerium unter Entfaltung der japanischen und mandschurischen Flagge vorüber.

Wie verlautet, wird die Mandschurei demnächst ihren ersten diplomatischen Vertreter in Tokio ernennen.

Zuspitzung der Lage in Nanking.

Schanghai, 16. September. Im Zusammenhang mit der Verstärkung der japanischen Truppen in Nanking hat sich dort die Lage bedeutend zugespitzt. Der Außenminister Lowenkan erklärte, er sei mit den japanischen Militärbehörden dahin übereingekommen, die chinesischen Militärpatrouillen aufzuheben, da sich etwaige Zusammenstöße zwischen Japanern und Chinesen ereignen könnten.(?)

Der japanische Oberbefehlshaber machte darauf aufmerksam, daß bei dem ersten Zusammenstoß oder Angriff auf die japanischen Truppen oder Bevölkerung Truppen gelandet würden. Mehrere japanische Banken erhielten besondere Marinewaffen, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind.

Kriegsgericht gegen chilenischen Aufständischen.

Santiago de Chile, 16. September. Der Führer der chilenischen Gegenrevolution Fliegerkommandeur Merino, der sich am Donnerstag mit den ihn unterstützenden Fliegeroffizieren den Regierungstruppen ergab, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Gerüchte von neuen Aufstandsbewegungen zugunsten des abgesetzten Präsidenten Dr. Davila werden von der Regierung als falsch bezeichnet.

Kampf mit Freischärlern in Dalmatien.

Aus Belgrad wird berichtet: In der Nähe von Gurscha in Dalmatien kam es zwischen starken Streitkräften der Gendarmen und einer achtköpfigen Freischärlertruppe zu einem heftigen Gefecht, nachdem die Freischärler einen Bombenangriff auf die Gendarmeriekaserne in Gurscha unternommen hatten. Der Kampf endete mit einem Siege der Gendarmen. Die Freischärler ließen auf dem Kampfplatze einen Toten sowie 6 Höllenmaschinen, 5 Bomben, 4 Revolver, 2000 Patronen und zahlreiche Ausrüstungsgegenstände zurück. An den Blutspuren war zu ersehen, daß sie ihre Verwundeten mitgenommen hatten.

„Der Dank des Vaterlands ist euch gewiß"

Amerika zahlt keine Kriegsteilnehmerunterstützung.

Washington, 16. September. Da mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß die amerikanische Legion auf ihrer Jahrestagung in Portland (Oregon) die Auszahlung der restlichen Bonus-Beträge in Höhe von 2 Milliarden Dollar fordern wird, gab Präsident Hoover eine Aufsehen erregende Erklärung ab. Hoover weist darauf hin, daß eine Bonus-Auszahlung für den Haushalt untragbar wäre, das gesamte Ankurbelungswerk vernichten und den amerikanischen Kredit gefährden werde.

Spekulation auf „Naßlegung" Amerikas.

London, 16. September. „Evening Standard" zufolge sind bei verschiedenen englischen Fabriken amerikanische Anfragen nach großen Whiskylieferungen eingegangen. Es handelt sich um eine Spekulation amerikanischer Interessenten auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen. Sollten diese einen demokratischen Sieg und damit ein „nasses" Ergebnis bringen, so könnten sofort große Whisky- und andere Spirituslieferungen perfekt werden.

Komintern zeichnet deutschen Kommunisten aus.

Kowno, 16. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde kürzlich im Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale die innerpolitische Lage Deutschlands besprochen und besonders die Verdienste des kommunistischen Fraktionsführers Torgler hervorgehoben, der bekanntlich bei dem Versuch, die Regierung Papen zu stürzen, eine führende Rolle spielte. Torgler soll nach Wiederaufnahme der ordentlichen Tagung des Vollzugsausschusses der Komintern auf einen wichtigen Posten neben dem deutschen Kommunisten Thälmann berufen werden.

Aus Welt und Leben.

Sowjetrussischer Fortschritt.

Die nördlichste Polarstation errichtet.

Moskau, 16. September. Die Sowjetregierung hat einen Funkspruch von dem Eisbrecher „Malygin" erhalten, worin dieser mitteilt, daß er die ihm vom zweiten internationalen Polarjahr übertragene Aufgabe erfüllt habe. Der Eisbrecher hat auf dem Rudolfs-Land, und zwar auf 81 Grad 47 Minuten nördlicher Breite die nördlichste meteorologische Station der Welt errichtet. Es wurde ein Wohnhaus für vier Personen errichtet, die auf dem Rudolfsland überwintern werden. An Bord des Eisbrechers wurde den vier Ueberwinterern ein Abschiedsabend gegeben, auf dem der an Bord des Eisbrechers anwesende Generalsekretär der Aero-Arktis-Gesellschaft Walter Bruns sich außerordentlich anerkennend über die Polararbeit Sowjetrußlands aussprach.

Moskau wird Hafenstadt größten Stils.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, zwischen dem Fluß Moskwa, an dem Moskau liegt, und der Wolga ein großes Kanalsystem zu erbauen.

Dadurch bekommt die Hauptstadt der Sowjetunion die größte Bedeutung als Binnenhafen. Da aber auch zwischen der Wolga und dem Schwarzen und Kaspischen Meer große Kanäle gebaut werden, so wird der Hafen von Moskau mit den großen Seehäfen durch sehr gut schiffbare Wasserwege verbunden sein. Der Kanalbau hat schon begonnen, und man geht jetzt auch in Moskau an die Arbeit des Hafenbaues. Die Mittel für die Hafen- und Brückenanlagen sind schon bereitgestellt, und innerhalb dreier Jahre soll der Hafen den vollen Schiffsverkehr schon aufnehmen. Ebenso wird ein neuer großer Bahnhof, besonders für Auslandszüge, in unmittelbarer Nähe des Hafens errichtet, so daß das Umsteigen vom Expreß aus dem Westen auf das Schiff zum Schwarzen Meer eine Kleinigkeit sein wird.

Polnischer Matrose in Danzig angeschossen.

Aus Danzig wird berichtet: Der polnische Leichtmatrose Nebujewski von einem dänischen Dampfer wurde in der vergangenen Nacht von dem Kaufmann Branstedt angeschossen. Branstedt, der den Leichtmatrosen auf dem Dache seines Hauses liegen sah, vermutete in ihm einen Einbrecher und gab, da Nebujewski auf Anruf in die Tasche griff, zwei Schüsse ab, durch die der Leichtmatrose am Bein getroffen wurde.

Kirche und Kloster in Brand gesteckt.

In Mencia bei Cordoba (Spanien) sind die wertvolle Kirche und das Kloster durch eine Feuersbrunst zerstört worden, es liegt Brandstiftung vor. Der Gesamtschaden wird auf 4 Millionen Pesetas geschätzt.

Erdbeben auf Neuseeland.

Die Bezirke Wairoa und Gisborne auf der Nordinsel Neuseelands wurden von einem starken Erdbeben heimgesucht. An vielen Orten wurde großer Sachschaden angerichtet, während Menschenleben bisher nicht zu beklagen sind. Besonders stark wurde die Stadt Gisborne betroffen. Der Turm des Postamtes stürzte ein und eine große Kirche wurde fast vollkommen zerstört.

Drei junge Leute bei einem Bootsunglück ertrunken.

Im Hafen von Swinemünde forderte ein Bootsunglück drei Todesopfer. Dort liegt zur Zeit die Segeljacht „Salamander", die dem akademischen Verein „Hütte"-Berlin gehört. Die Segler — 5 Studenten — hatten am Dienstag abend zwei junge Mädchen eingeladen. Nach einigen vergnügten Stunden an Bord wollte der Führer der Jacht, Walter Wilde, die beiden Mädchen in dem kleinen Beiboot nach ihrem Wohnort Osternothafen übersetzen. Dabei ist das Boot in das Kielwasser eines einfahrenden englischen Dampfers geraten und gekentert. Das Boot ist kieloben treibend gefunden worden. Es besteht kein Zweifel mehr, daß alle drei Insassen den Tod in den Wellen gefunden haben. Bei den Ertrunkenen handelt es sich um den 24jährigen Sohn des Professors Ernst Wilde aus Magdeburg, die beiden ertrunkenen Mädchen heißen Marie Hase und Elisabeth Weiland. Am Donnerstag vormittag wurde der Swinemünder Hafen von einer Fischerflottille abgesucht.

Selbstmord einer Filmschauspielerin.

In den Sümpfen an der kalifornischen Meeresküste wurde der Leichnam einer Frau gefunden, bei dem man vermutet, daß es sich um die Filmschauspielerin Dorothy Millets, eine berühmte Schönheit, handelt. Man vermutete gleich, daß Frl. Millet aus Trauer über den Tod des Filmregisseurs Paul Bern, dessen erste Liebe sie war und der kurz zuvor Selbstmord verübt hatte, freiwillig in den Tod ging.

Wegen Alimente zum Mörder geworden.

In Beuthen wurde der Oberlandjäger Springer vom Sondergericht nach dreitägiger Verhandlung zum Tode verurteilt, weil er eine Frau zur Vermeidung eines Alimentationsprozesses mit Strychnin vergiftet hatte.

Der Sowjetgaul stirbt aus.

Durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland hat sich eine erstaunliche Tatsache herausgestellt: in Rußland sterben die Pferde aus! Nach amtlichen Mitteilungen hat der Traktor in manchen Gegenden, vor allem in der Ukraine, in Weißrußland und im Ural den Pferdebestand bis auf die Hälfte zurückgehen lassen. Die Bauern zeigen im Zeitalter des Motors kein Interesse mehr für die Pferdehaltung, und so wird man von amtlicher Seite aus versuchen, den Sowjetgaul wieder zu Ehren zu bringen, denn ohne ihn ist weder die Landwirtschaft noch auch die Landesverteidigung auf die Dauer denkbar.

Auch ein Rekord!

Aus Rom wird geschrieben: Die italienische Post hat einen „Rekord" zu verzeichnen: Dieser Tage wurde eine an einen Adressaten in Badia Polesine gerichtete Postkarte zugestellt, die laut Poststempel am 5. Juni 1909 in Merlara bei Padua aufgegeben wurde. Sie hat also für die kaum 12 Klm. lange Strecke 23 Jahre 3 Monate gebraucht. Der Adressat ist allerdings unterdessen gestorben.

Sport.

Morgen Finale im Hazena.

Wie bereits angekündigt, kommt morgen die Polenmeisterschaft im Hazena zum Austrag. An der Entscheidung beteiligen sich nur LKS. und Legja (Warschau), da Cracovia und die Posener Warta ihre Teilnahme rückgängig gemacht haben.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101



Am Donnerstag, den 15. September, verschied nach langem schweren Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Tante

Emma Schmel geb. Zenger

im Alter von 76 Jahren,

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen findet heute, Sonnabend, um 4 Uhr nachm., vom Trauerhause, Nawrot 14 aus, auf dem neuen evang. Friedhof in Rokicie statt.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Obwieszczenie.

Magistrat m. Łodzi podaje niniejszem do publicznej wiadomości, że na podstawie Rozp. Prez. Rzeczypospolitej z dnia 23 sierpnia 1932 roku o pomocy bezrobotnym (Dz. U. R. P. Nr. 74, poz. 664) wprowadzone zostały na rzecz Funduszu Pomocy Bezrobotnym

opłaty od domowego spożycia gazu w lokalach, nie mających charakteru przemysłowego.

Opłaty te obciążają konsumentów gazu i wynoszą 5% od sumy należności, wskazanej na rachunku, bez opłat za używanie gazomierzy i innych dodatkowych należności.

Opłaty będą dopisywane w odrębnej pozycji, w rachunkach wystawionych od dnia 15 września 1932 roku włącznie, nawet gdyby rachunki te obejmowały gaz zużyty w m-cu sierpniu r. b.

Pod domowem zużyciem gazu rozumie się gaz spalony w mieszkaniach prywatnych do oświetlenia, ogrzewania, użytku kuchennego, łazienek i domowych aparatów, jak: żelazek do prasowania, rurek do włosów, chłodni, wrzątników, grzejników i t. p., gaz spalany przy ogrzewaniu centralnem domów mieszkalnych, nawet w wypadku, gdyby one posiadały sklepy, względnie małe warsztaty przemysłowe.

Oświetlenie klatek schodowych, zbiorowe pralnie i suszarnie do prywatnego użytku w domach mieszkalnych zalicza się do domowego zużycia gazu.

Instytucje państwowe, użyteczności publicznej, zakłady przemysłowe, przemysł drobny, wykonywany choćby w mieszkaniu prywatnem, sklepy, składy handlowe lub przemysłowe, używające gazu, nie podlegają wymienionemu na wstępie rozporządzeniu.

W wypadkach wątpliwych kwestję zaliczania spożycia gazu do domowego użytku rozstrzyga Urząd Wojewódzki w drodze, jak dla samoistnych danin komunalnych.

Sprzedawców gazu przy inkasowaniu opłat i przekazywaniu ich do Kasy Miejskiej obowiązują przepisy, zawarte w Rozporządzeniu Prezesa Rady Ministrów z dnia 26 sierpnia 1932 roku o sposobie wymiaru, poboru, ściągania i kontroli opłat na rzecz Funduszu Pomocy Bezrobotnym (Dz. U. R. P. Nr. 74, poz. 670).

W związku z powyższem Magistrat wzywa wszystkich sprzedawców gazu do bezwzględnie terminowego przystąpienia do inkasowania opłat i przekazywania ich do Kasy Miejskiej.

Łódź, dnia 17 września 1932 roku.

MAGISTRAT M. ŁODZI

Przewodniczący Wydziału: (—) L. Kuk

Prezydent: (—) B. Ziemięcki.

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute 8.30 Uhr „Eine Million Plagen“

Sommertheater im Staszic-Park: Heute „Ein Monat Haft“

Capitol: Das Los des Gentlemans

Casino: Dämon der Liebe

Corso: Pat und Patachon. — Charli in Bedrängnis.

Grand-Kino: Weg mit der Liebe

Luna: Fürst Bouboule

Przedwiośnie: Artisten

Metro und Adria: Die lustigen Drei

Oświatowe: Geflügelte Flotte — Die Insel der versenkten Schätze

Rakieta: Den Fremden ist erlaubt zu küssen

Splendid: Die Hölle der Frau

Palace: Der König des Ringes (Max Schmeling)



Kirchlicher Anzeiger.

Trinitatis-Kirche. Sonntag, 8 Uhr Frühgottesdienst — P. Wannagat; 9.30 Uhr Beichte, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Schmidt; 12 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache — Wannagat; 2.30 Kindergottesdienst.

Neuer Friedhof-Doly. Sonntag, 5 Uhr Gottesdienst — P. Schmidt.

Armenhauskapelle, Narutowicza 60. Sonntag, 10 Uhr Lesegottesdienst.

Bethaus (Zubardz), Sierakowskiego 3. Sonntag, 10 Uhr Lesegottesdienst.

Kantorat (Baluty), Zawiszy 39. Donnerstag, 7.30 Uhr Bibelstunde — P. Schmidt.

Zdrowie, Haus Sonnenberg. Sonntag, 5 Uhr Gottesdienst — P. Schmidt.

Johannis-Kirche. Sonntag, 8 Uhr Frühgottesdienst — P. Lipski; 9 Uhr Jugendgottesdienst — P. Doberstein; 9.30 Uhr Beichte, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Friedenberg und P. Dietrich; 12 Gottesdienst in polnischer Sprache — P. Kotula; 3 Uhr Kindergottesdienst — P. Doberstein; 4 Uhr Taufgottesdienst — P. Dietrich. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde — P. Doberstein. Donnerstag, 8 Uhr Musikalische Abendfeier mit Wortverkündigung.

Alter Kirchhof (an der Scheiblerschen Kapelle), Sonntag, 5.30 Uhr Andacht — P. Dietrich.

Karolew, Sonntag, 10.30 Uhr Gottesdienst — P. Doberstein.

Matthäi-Kirche. Sonntag, 8 Uhr Frühgottesdienst — P. Löffler; 9 Uhr Kindergottesdienst — P. Berndt; 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Berndt; 3.30 Uhr Taufen — P. Berndt; 5 Uhr weiblicher Jugendbund — P. Löffler; 5 Uhr männlicher Jugendbund — P. Berndt.

Friedhofsgottesdienst 5 Uhr nachm. — P. Peßnik.

Chojny. Sonntag, 9 Uhr Kindergottesdienst P. Löffler

Dombrowa. Sonntag, 10.30 Uhr Gottesdienst — P. Löffler.

Ev.-luth. Freikirche, St. Pauls-Gemeinde, Podlesna 8 Sonntag, 10.30 Uhr Gottesdienst — P. Lerle.

Zubardz, Pruska 6. Sonntag, 3 Uhr Gottesdienst — Kand. d. Theol. Lelke.

St. Petri-Gemeinde, Nowo-Senatorska 26. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst — Stud. d. Theol. Wagner.

Dreieinigkeits-Gem. in Andrespol. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst — P. Müller; 2 Uhr Kindergottesdienst

---

Bethel-Judenmission, Nawrot 36. Sonntag, 5.30 Uhr Predigtgottesdienst in deutscher Sprache.

Diakonissenanstalt, Polnocna 42. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst — P. Löffler.

Baptisten-Kirche, Nawrot 27. Sonntag, 10 und 4 Uhr Predigtgottesdienste — Pred. Fehlhaber; im Anschluß Gemeindeversammlung.

Rzgowska 41a. Sonntag, 10 und 4 Uhr Predigtgottesdienste — P. A. Wenske.

Baluty, Bol. Limanowskiego 60. Sonntag, 10 und 4 Uhr Predigtgottesdienste — Pred. J. Fester.

Chr. Gemeinschaft innerhalb der ev.-luth. Landeskirche, Kopernika 8. Sonnabend, 7.45 Uhr Jugendbundstunde für Jünglinge und junge Männer. Sonntag, 8.45 Uhr Gebetsstunde; 4.30 Uhr Jugendbundstunde für Jungfrauen; 7.30 Uhr Evangelisation.

Prywatnastr., Matejki 10. Sonntag, 8.45 Uhr Gebetstunde; 10.30 Uhr Knabenstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.

Baluty, Brzezinska 58 (Hofeingang). Sonntag, 7.30 Uhr Evangelisation für alle.

Radogoszcz, Ksiendza Brzuski 49a. Sonntag, 8.30 Gebetsstunde; 2 Uhr Kinderstunde; 4 Uhr Evangelisation für alle

Konstantynow, Großer Ring 18. Sonntag, 9 Uhr Gebetsstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.

Alexandrow, Bratuszewskiego 5. Sonntag, 9 Uhr Gebetsstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.

Missionshaus „Pniel“, Wulczanska 124. Versammlungen für Missionsfreunde: Sonntag, 5 Uhr Gottesdienst; Dienstag, 8 Uhr Bibelstunde. Für Israeliten: Sonnabend, 5 Uhr Evangeliumsverkündigung. Lesezimmer täglich ab 4 Uhr nachm. geöffnet.

Ev. Brüdergemeinde, Zeromskiego 56. Sonntag, 9.30 Kindergottesdienst; 3 Uhr Predigt — Pfr. Schiewe.

Pabianice, Sw. Jana 6. Sonntag Kinderfest: 9 Uhr Festrede für die Kinder; 2.30 Uhr Predigt; anschl. Liebesmahl mit Festschluß — Pred. Hildner.

Tagesneuigkeiten.

Aus der Textilindustrie.

Wie die Unternehmer an der Not der Arbeiter verdienen.

Vorgestern wurden nach der Beilegung des Zwistes in der Spinnerei von Scheibler und Grohman zum erstenmal die gekürzten Löhne ausgezahlt. Diese Sätze sind bis 25 Prozent niedriger als die bisherigen. Wie aus Arbeiterkreisen mitgeteilt wird, haben die Spinner in einigen Sälen 830 Spindeln und in anderen 500 bis 600 Spindeln zu bedienen. Obgleich diejenigen Arbeiter, die mehr Spindeln bedienen, mehr verdienen müßten, sind nach der Ausgleichung der Löhne die Löhne gleich. Die Firma hatte die Maßnahme damit begründet, daß die Löhne in anderen Fabriken ebenso niedrig und zum Teil sogar niedriger seien. Dies beruht zwar auf Wahrheit, doch muß berücksichtigt werden, daß die Spinner in den meisten Fabriken nur 400 Spindeln zu bedienen haben. Vor zwei Jahren wurden bei Scheibler und Grohman in der Spinnerei größere Transmissionsscheiben aufgelegt, wodurch die Umdrehungen der Maschinen um 8 Prozent beschleunigt wurden. Als die Arbeiter protestierten, wurde ihnen eine Lohnerhöhung um 5 Prozent versprochen. Diese Zusage wurde aber nicht eingehalten. Der Lohn wurde nicht erhöht, während das Arbeitstempo bis heute das gleiche ist.

Teilweise Beendigung des Streiks bei „Dessurmont".

Gestern ist der langandauernde Streik bei „Dessurmont, Motte und Co." zum Teil beigelegt worden. Fast alle Arbeiter sind bereits gestern zur Arbeit zurückgekehrt. Dagegen dauert der Streik bei „Allart, Rousseau und Co." noch an. In Versammlungen der Arbeiter wurde beschlossen, eine Lohnherabsetzung nicht zuzulassen und den Streik fortzusetzen. (p)

Erfolgreiche Beendigung des Streiks der Handwirker.

Der Streik der organisierten Handwirker, die vor einigen Wochen in den Ausstand getreten sind, ist jetzt durch Unterzeichnung eines Vertrages beendet worden, der vollkommen die Forderungen der Arbeiter berücksichtigt. Der Zwist war dadurch entstanden, daß die Arbeitgeber eine Lohnherabsetzung vornehmen wollten. Nach Ausbruch des Streiks verlangten die Arbeiter nicht nur Einführung der alten Lohnsätze, sondern auch Erhöhung der Löhne für diejenigen Wirker, die zu wenig verdienen. Diese Forderung wurde durchgedrückt, so daß einige Kategorien Wirker eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Prozent erhalten. (p)

Gehaltskürzungen bis 60 Prozent bei den Kommunalangestellten?

Wie vom Lodzer Verband der Angestellten der gemeinnützigen Betriebe mitgeteilt wird, findet am 7. Oktober in Warschau eine Tagung der Selbstverwaltungsangestellten statt. Auf der Tagesordnung steht vor allem die letztens vorgenommene Gehaltskürzung und die Vorbereitungen zu neuen Kürzungen. Wie nämlich dem Verband mitgeteilt worden ist, bereitet der Warschauer Magistrat eine Gehaltskürzung für die Straßenbahner um 10 bis 20 Prozent vor. In der Warschauer Gasanstalt sollen die Bezüge um 25 bis 60 Prozent herabgesetzt werden. Die Angestelltenvereinigungen stehen auf dem Standpunkt, daß die Magistrate keine Berechtigung haben neue Lohnreduzierungen vorzunehmen, weshalb alle Angestellten den größten Widerstand leisten müßten. (p)

10-Groschenmittage für die Arbeitslosen!

Die neue Organisation für Arbeitslosenhilfe.

Da die Zeit heranrückt, in der den Arbeislosen, die keine Unterstützungen erhalten, Hilfe gebracht werden soll, fand in Warschau eine Sitzung der Vertreter aller Wojewodschaften statt. Wie wir im Zusammenhang damit erfahren, wird sich in der kommenden Woche in Warschau das Hauptkomitee für den Arbeislosenhilfsfonds konstituieren. Darauf wird in Lodz das Lokalkomitee der Arbeitslosenhilfsfonds gebildet und das bisher bestehende Komitee für Arbeitslosenfragen aufgelöst. Dessen Vermögen geht in den Besitz des neuen Komitees über.

Aus Angaben des alten Komitees geht hervor, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1931 insgesamt 3 018 381,47 Zl. für die Arbeitslosen ausggegeben worden sind. Davon sind aus Sammlungen 643 575,90 Zl. in bar und 232 517,27 Zl. in Natura eingegangen. Das Hauptkomitee in Warschau hatte 1 250 000 Zl. in bar und für 792 288,30 Zloty Lebensmittel gesandt.

Die Hilfe an die Arbeitslosen in diesem Jahr soll ausschließlich in Mittagen bestehen, wobei für jedes Mittag 10 Groschen veranschlagt worden sind. Insgesamt soll die Arbeitslosenhilfe 75 000 Zl. monatlich (?) beanspruchen.

Da haben wir die so bereitwillig versprochene Hilfe der Regierung für die Arbeitslosen: täglich ein „Mittagessen" für 10 Groschen. Man weiß nicht, ob man mehr über die Frechheit gewisser „Altruisten" oder die Verhöhnung der Not der Allerärmsten, die man mit einer 10-Groschensuppe abspeisen will, staunen soll.

Die Artikel des täglichen Bedarfs.

Werden die Kohlenpreise weiter erhöht?

Die Kohlenkonzerne des oberschlesischen und Dombrowaer Gebietes haben in den letzten Tagen neue Preislisten für Kohle veröffentlicht, die eine Erhöhung der bisherigen Preise bedeuten. Diese vollkommen unerwartete Preiserhöhung hat in privaten Wirtschaftskreisen Verwunderung hervorgerufen. Die halbamtliche „Iskra"-Agentur weiß aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, zu berichten, daß man dort diese Erhöhung als völlig unzulässig ansehe, vornehmlich in den augenblicklichen Zeiten, da eine unzweideutige Tendenz zur Preissenkung der Industrieprodukte, zu welchen auch Kohle zählt, vorhanden ist. Mit Rücksicht auf die kommenden Wintermonate ist diese Erhöhung besonders unverständlich, da Kohle zu den Artikeln des ersten Bedarfs zählt. Die „Iskra"-Agentur hebt zugleich hervor, daß man in informierten Kreisen von einer entsprechenden Stellungnahme der Regierung diesen Maßnahmen gegenüber wissen will. Es ist hervorzuheben, daß die Preiserhöhung ihren Grund in der Streichung der Rabattsätze hatt, die die Kohlenindustrie den Kohlengroßhändlern in der Sommerzeit eingeräumt hatte.

Das neue Zuckerkontingent.

Das Finanzministerium hat für das am 1. Oktober beginnende neue Zuckerjahr die provisorischen Kontingente auf 308 000 T. Weißzucker als grundsätzliches Kontingent, 15 400 T. Weißzucker als Vorratskontingent und 278 000 T. Weißzucker als Exportkontingent festgesetzt. Ueber die Entwicklung der Zuckerwirtschaft in den ersten zehn Monaten des jetzt zu Ende gehenden Zuckerjahres (September 1931 bis Juli 1932) berichtet das Statistische Hauptamt, daß die zu Beginn des Jahres vorhandenen Vorräte (alles in Rohzucker) von 261 000 T. sich durch eine Produktion von 493 000 T. auf 754 000 T. gesteigert haben. Der Absatz in der Berichtszeit belief sich auf 542 000 T., von denen 237 000 T. exportiert wurden, so daß die Vorräte sich am 1. August noch auf 212 000 T. belaufen haben.

Verdoppelung des Butterzolls in Polen.

In den nächsten Tagen wird eine Regierungsverordnung erscheinen, wodurch die Einfuhrzölle für Butter auf 200 Zloty pro 100 Kilogramm erhöht werden. Diese fast hundertprozentige Erhöhung der Einfuhrzölle für Butter bezweckt den Schutz der inländischen Butterproduktion, da in der letzten Zeit aus Estland, Finnland und Dänemark große Buttertransporte zu billigeren als den inländischen Preisen nach Polen kamen.

Brennspiritus billiger.

Gestern gab das Staatliche Spiritusmonopol einen neuen Preis für Brennspiritus bekannt. Der neue Preis für eine Literflasche Brennspiritus beträgt 1 Zl. 40 Gr. statt wie bisher 1 Zl. 60 Groschen.

Unterstützungen des Wojewodschaftsamts an die Städte.

Das Lodzer Wojewodschaftsamt hat an alle Starosteien in der Wojewodschaft ein Rundschreiben gesandt und diese um Uebersendung genauer Angaben über Defizite ersucht, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Saisonarbeiten entstanden sind. Dieses Rundschreiben wurde dadurch verursacht, daß die finanziellen Mittel der städtischen und Gemeindeselbstverwaltungen sich zur Bezahlung der Arbeitslöhne und der Materialien als unzureichend erwiesen haben. In solchen Fällen wird das Wojewodschaftsamt den Selbstverwaltungen aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die zur Ausgleichung des Defizits notwendigen Summen überweisen. (p)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

S. Jankielewicz, Alter Ring 9; B. Gluchowski, Narutowicza 6; E. Hamburg, Glowna 50; L. Pawlowski, Petrikauer 307; A. Piotrowski, Pomorska 91; L. Stockl, Limanowskiego 37.

Thea erwacht

Roman von Friedrich Lange

[17

Sabine streifte Thea zunächst kaum mit einem flinken Blick. Ihr Interesse schien in erster Linie der Umgebung zu gelten. Psylander sah, wie sich ihre Mundwinkel verächtlich senkten. Nun wußte er genug und wappnete sich mit Widerstand. Dabei bot sich ihm ein äußerst aufschlußreicher Kontrast: Hier diese lebenshungrige Frau, angefüllt mit Wissen und Erfahrungen um die Reize des Lebens.

Dort, blaß und herb, das blonde Geschöpf, behütet und umsorgt, ein unbeschriebenes Blatt. Man konnte sich keine größeren Gegensätze denken.

Sabine wandte sich an Psylander. „Und hier soll Thea genesen?" Unverkennbar zitterte ein gelindes Grauen im Tonfall der Frau.

„Gewiß!" bestätigte der Erfinder leise, gesättigt von sieghafter Zuversicht. „Ich denke, sogar besser als sonst irgendwo." Nun wußte er, daß ihm diese Frau nie mehr gefährlich werden konnte. Sie war abgetan, ein für allemal. Fast begriff er sich nicht, wie er einst so viel Neigung hatte für Sabine Reyher aufbringen können...

Sabine schüttelte den Kopf. Sie fühlte den wachsenden Widerstand Psylanders und hielt es nicht für nötig, länger mit ihrer Meinung zurückzuhalten.

„Unmöglich — ganz unmöglich! Ich werde Thea mit nach Hause nehmen."

Psylander spürte einen wütenden Schmerz über den möglichen Verlust des geliebten Mädels.

„Ich protestiere gegen diesen übereilten Transport. Thea hat eben erst die schlimmste Krise überstanden." Eine flammende Röte ergoß sich über sein Gesicht.

Sabine hielt sich das lavendelgetränkte Taschentuch vor die Nase

„Daß es die Aermste in dem penetranten Geruch aushält..."

Jetzt mußte Psylander lachen, obgleich ihm ganz und gar nicht danach war.

„Diesem penetranten Geruch verdankt Thea wenn nicht das Leben, so doch die Ueberwindung der Krise. Das ist die nackte Wahrheit. Nur mit Hilfe meines Koniferins war es möglich, die Krankheit niederzuringen."

Sabine drehte die Augen nach ihm hin, ohne sich selbst zu bewegen.

„Koniferin? — Ach so, du bist Chemiker..." Und geringschätzig: „Wohl ein Allheilmittel? Du machst meinem Manne Konkurrenz..."

Thea bewegte im Schlafe den Kopf.

Psylander zupfte seine Besucherin am Aermel. „Komm hinüber! Wir wecken sie bloß auf."

Sabine sträubte sich.

„Unsinn, sie schläft fest. Uebrigens — da habe ich dir auch zu danken für die Rettung aus dem Fluß..."

Er übersah absichtlich die dargebotene Hand. Der spöttische Zug um Sabines Mund vertiefte sich.

„Nun möchte ich bloß wissen, was das Mädel veranlaßt hat, hier herauszufahren?"

Psylander war darauf bedacht, diesem Besuch baldmöglichst ein Ende zu bereiten. Was wollte diese Frau eigentlich hier? Sehen, wie es um Thea stand? Bah — ihr Interesse für die Kranke schien sehr oberflächlicher Art zu sein...

„Kanntest du Thea schon länger?" forschte sie.

Er verneinte.

„Dann war eure Begegnung am Fluß reiner Zufall?"

Seine Antwort klang trotzig: „Ich glaube nicht an Zufall. Alles ist Bestimmung, Fügung und Vergeltung."

„Oho!" lachte Sabine überlegen. „Dann ist es auch Fügung, daß du das Mädel in diese Räuberhöhle schafftest, daß wirklich kein Mensch zur Pflege da war, als du nur allein?"

„Aber ja!" kam mit großer Bestimmtheit vom Bett her die Antwort.

Sabine wandte sich mit dem Ausdruck des Entsetzens zu der Erwachten.

„Ah — siehe da! — Thea, was machst du für Dummheiten? Du nimmst deinen Retter in Schutz — das ist sehr lobenswert von dir, vorausgesetzt, daß diese fünf Tage im Forsthause nötig waren..."

Spöttisches Lächeln, Wandern der Augen von einem zum anderen.

„Thea, Ihre Frau Mutter beliebt uns als Lügner hinzustellen."

Das Mädchen hatte einen gequälten Ausdruck im Gesicht. War es nicht schwer genug, das Ueberstandene rein gedanklich zu erfassen und zu bewältigen, sich mit den Tatsachen abzufinden? Mußte da diese Frau noch Verquickungen schaffen?

Sabine Lucanus trat ganz dicht an das Lager heran. „Thea, du sollst mit heimfahren. Du brauchst intensive Pflege — vielleicht ein paar Wochen Sanatoriumsaufenthalt."

Thea besann sich nicht lange. „Ich fühle mich noch zu schwach — ich bin hier gut aufgehoben. Wenn mich Herr — Herr —"

„Ivar Psylander!", kam ihr der Chemiker zu Hilfe. Tatsächlich wußte Thea Lucanus noch nicht, wie ihr Retter hieß.

„Wenn mich Herr Psylander noch hierbehalten will, bleibe ich bis zur vollen Genesung hier!"

„Bravo, Fräulein Thea — das war ein Wort!" jubelte der Chemiker. Mit seinem Blick hielt er über die schwarze Sabine hinweg den Kontakt mit der Blondine.

„Ueber dein Verbleiben hier wird Sanitätsrat Horn entscheiden, liebe Thea. Und da du dich noch nicht transportfähig glaubst, wird mir Herr Psylander gestatten, daß ich einstweilen hier in seinem Hause selbst die Pflege übernehme."

Von diesem Entschluß waren die beiden jungen Menschen überwältigt. Konnte man gegen diese Frau wirklich nicht aufkommen?

(Fortsetzung folgt.)

200 000 Telephonapparate in Polen.

Nach kürzlich veröffentlichten Daten des polnischen Post- und Telegraphenministeriums ist das gesamte Telephonleiungsnetz in Polen, das im Jahre 1926 eine Länge von 384 000 Kilometern hatte, bis zum Jahre 1930 auf 570 000 Kilometer ausgebaut worden. Die Zahl der Telephonzentralen stieg in der gleichen Zeitspanne von 2006 auf 3145, die Zahl der öffentlichen Fernsprechstellen von 3310 auf 4187. An Fernsprechteilnehmern waren im Jahre 1926 — 102 000 und im Jahre 1930 — 146 000 zu verzeichnen. Die Zahl der gezählten Gespräche beliei sich auf 578 Millionen im Jahre 1926 und auf 763 Millionen im Jahre 1930. In ganz Polen sind gegenwärtig 200 000 Fernsprechapparate im Betrieb (1930 — 199 000). Es ist dies ungefähr der hundertste Teil der Zahl der Apparate in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo über 20 Millionen Fernsprecher im Betrieb sind (Deutschland besitzt vergleichsweise 3 182 000 Apparate).

70 Kinder in einer Schulklasse.

Die Nachrichtenagentur „Wap" erfährt, daß auf einer im Schulinspektorat mit den Volksschulleitern stattgefundenen Konferenz festgestellt worden sei, daß im Zusammenhang mit der durchgeführten Reduzierung von Lehrkräften wie auch der Nichtzuweisung neuer Lehrer wegen der Zunahme der Kinderzahl im schulpflichtigen Alter die Schulräume in den Lodzer Volksschulen überfüllt und Fälle notiert worden sind, daß sich in manchen Klassen über 70 Kinder befinden. (a)

Schwerer Unfall im Schlachthaus.

Im Baluter Schlachthaus trug sich gestern ein Unfall zu, dem der 32 Jahre alte Adam Anielak, Wspolnastraße Nr. 23, zum Opfer fiel. Als dieser ein geschlachtetes Rind säuberte und mit einem Messer die Hufe herunterschneiden wollte, glitt das Messer aus und drang ihm in den Bauch. Anielak trug eine solch schwere Verletzung davon, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. (p)

Von einem Spaziergang ins Krankenhaus.

Der Nowo-Zielonastraße 16 wohnhafte Josef Fiorczak wurde gestern während eines Spaziergangs von unbekannten Männern überfallen, die auf ihn mit Stöcken einzuschlagen begannen. Der Ueberfallene trug einen Oberarmbruch und schwere Quetschungen an der Brust davon. Die Rettungsbereitschaft erwies ihm Hilfe und überführte ihn in das Bezirkskrankenhaus. (p)

Ueberfahren.

An der Ecke Petrikauer und Srodmiejskastraße wurde die 52 Jahre alte Marja Sztajn, Pilsudskistraße 22, von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß die Rettungsbereitschaft gerufen werden mußte. Nach Erteilung der ersten Hilfe wurde die Verunglückte nach Hause gebracht. (p)

Hauptgewinne der 25. Polnischen Staatslotterie.

5. Klasse. — 8. Ziehungstag. (Ohne Gewähr)

25 000 Zloty auf Nr. 137633.

15 000 Zloty auf Nrn. 68620 73341.

5000 Zloty auf Nrn. 97109 109316.

3000 Zloty auf Nrn. 60770 69239 74792 91302 102984 112832 119025 119562.

2000 Zloty auf Nrn. 11871 11833 13369 21610 49321 89462 89669 91282 110749.

1000 Zloty auf Nrn. 9480 10539 18510 22493 23052 29872 33290 36279 40761 41759 44533 46043 49609 51063 54921 56961 57388 57914 59699 60082 63079 65212 67353 73246 76598 79691 82132 86905 91871 94830 95758 98691 102303 102827 106934 110008 114858 118716 121878 123753 126487 135355 140288 147793.

Aus dem Gerichtssaal.

480 Dutzend Strümpfe gestohlen.

Im Oktober 1930 wurden aus der Strumpffabrik Teofil Janicki in der Petrikauer Straße 249 480 Dutzend Strümpfe im Werte von 8000 Zloty gestohlen. Längere Zeit hindurch konnte man den Tätern nicht auf die Spur kommen, erst ein Jahr später erhielt der Fabrikbesitzer ein anonymes Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß seine frühere Arbeierin Olga Rabiszewska den Diebstahl verübt habe. Die Frau wurde verhaftet. Während des Verhörs gab sie an, daß ein Josef Banasiak ihr bei dem Diebstahl geholfen habe. Auch dieser wurde verhaftet, worauf sich beide gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten hatten. Die Rabiszewski gestand ihre Schuld ein und erklärte, sie habe aus Rache gegen Janicki gehandelt. Banasiak leugnete und erklärte, die Rabiszewska habe ihn aus Rache als Mittäter angegeben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gab die Angeklagte auch zu, daß Banasiak unschuldig sei und daß zwei andere Männer als Mittäter in Frage kommen, deren Namen sie aber nicht kenne. Banasiak wurde darauf freigesprochen und die Rabiszewska zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. (p)

Der Mörder des Photographen wegen Diebstahls verurteilt.

Der berüchtigte Bandit Adam Majkowski, der seinerzeit den Photographen Wilczewski von der Przejazd-Straße ermordete und sich wegen dieses Verbrechens in Kürze vor dem Standgericht zu verantworten haben wird, stand gestern wegen eines Diebstahls in dem elektrotechnischen Geschäft des Wolf Eisner in der Poludniowa 25, den er am 14. Juni d. Js. begangen hatte, vor Gericht, das ihn zu 2 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte.

Aus der Philharmonie.

Eröffnung der 18. Konzertsaison. Am Donnerstag, den 22. d. Mts., beginnt die 18. Konzertsaison der Lodzer Philharmonie (1932-33). Für das Eröffnungskonzert ist die weltberühmte Koloratursängerin Ada Sari verpflichtet worden. Die Künstlerin trifft unmittelbar aus dem Auslande ein, wo sie wieder beispiellose Triumphe gefeiert hat.

Zweites und zugleich letztes Konzert von Viktor Chenkin. Um den begeisterten Besuchern des ersten Konzerts von Viktor Chenkin Genüge zu tun, hat die Konzertdirektion den Künstler für noch ein Konzert, das zugleich als Abschiedskonzert zu betrachten ist, eingeladen. Dasselbe findet am kommenden Dienstag, den 20. d. Mts., statt.

Ortsgruppe Lodz-Süd.

Am Sonnabend, den 24. September, um 7 Uhr abends findet im Parteilokal, Lomzynska 14, eine

Mitgliederversammlung

statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Gen. J. Kociolek über das Thema:

„Das Danziger Problem"

Die Mitglieder werden aufgefordert, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus dem Reiche.

Ein Hungermarsch nach dem Königshütter Rathaus.

Vorgestern versammelten sich zahlreiche Frauen Arbeitsloser, zumeist mit kleinen Kindern auf dem Arm, vor dem Rathaus in Königshütte und begehrten Einlaß zum Bürgermeister, dem sie ihre verzweifelte Lage schildern wollten. Die Polizei und der Rathausverwalter konnten diese demonstrierenden Frauen nicht auf ihrem Hungermarsch aufhalten. Die Frauen wurden von dem verantwortlichen Dezernenten empfangen, der ihre Wünsche anhörte und die Zusicherung gab, daß sie weitere Brotkarten erhalten würden.

Die Gehaltsverhandlungen in der oberschlesischen Schwerindustrie gescheitert

Im Arbeitgeberverband haben am Mittwoch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern Verhandlungen bezüglich der Gehaltsregelungen der Tarifangestellten stattgefunden. Die Schwerindustrie hat durch ihren Vertreter Tarnowski die Forderung auf einen 15prozentigen Abbau der Gehälter gestellt, die von den Angestelltenvertretern entschieden abgelehnt wurde. Ihrerseits wiesen die Gewerkschaften darauf hin, daß die Gesamtlage eher eine Gehaltserhöhung erheische, und stellten den Antrag, die Gehälter ab sofort um 10 Prozent zu erhöhen. Da nach längerer Verhandlung eine Einigung nicht zu erzielen war, sind die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten. Die Angelegenheit wird von den Parteien dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung unterbreitet.

Raubmord an einer 65jährigen.

In Krakau in der Szpitalna 20 wurde vorgestern abend eine schwere Bluttat verübt. In diesem Hause wohnt auf dem 1. Stockwerke vollkommen allein die 65jährige Witwe Marja Rysakowska. Als die Frau im Verlaufe des ganzen Tages nicht zu sehen war, schöpften die Einwohner Verdacht und mit Hilfe einer Leiter sahen sie durch das Fenster der Wohnung, in der die Frau wohnte. Man fand sie auf dem Fußboden liegen und mit Kopfkissen zugedeckt. Auf Anordnung der Polizei wurde die Wohnung geöffnet und man sah nun, daß die Frau bereits tot war. Und zwar war der Tod durch mehrere Hiebe mit einem stumpfen Gegenstande auf den Kopf verursacht worden. Nach Lage der Dinge liegt ein Raubmord vor, da aus der Wohnung 20 Dolarowkas, die die Witwe besaß, und eine gewisse Geldsumme, die sie einige Tage zuvor bei der Kommunalen Sparkasse abgehoben hatte, verschwunden sind. Die Untersuchung in dieser Richtung wird hoffentlich bald zur Ermittelung des Täters führen.

Zwei Frauen lebendig verbrannt.

Im Dorfe Wodogosc im Olkuszer Kreise war in einem Anwesen ein Brand ausgebrochen, der sich so schnell ausbreitete, daß die Dorfbevölkerung dem rasenden Elemente ratlos gegenüberstand. In den Flammen sind zwei Frauen ums Leben gekommen, die sich nicht rechtzeitig retten konnten. Durch das Feuer wurden 16 Gebäude eingeäschert.

Großfeuer bei Bialystok.

Im Dorfe Krynki bei Bialystok entstand ein Feuer, durch das 16 Wohnhäuser und 6 Wirtschaftsgebäude mit gesamtem Inventar und der Ernte vernichtet wurden. Der Sachschaden beträgt 200 000 Zloty.

Zgierz. Ausgesetztes Kind. Im Kosciuszko-Park in Zgierz wurde gestern ein ausgesetztes Kind weiblichen Geschlechts im Alter von etwa drei Wochen gefunden. Es wurde ins Findlingsheim eingeliefert. (p)

Brzeziny. Brandstiftung. In der gestrigen Nacht entstand in dem Anwesen des Bauern Josef Lawski im Dorf Syberja, Gemeinde Mroga-Dolna, Kreis Brzeziny, ein Brand, der sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit ausbreitete. Sämtliche Gebäude des Anwesens mit den Geräten und der diesjährigen Ernte wurde ein Raub der Flammen. Die Untersuchung ergab, daß Brandstiftung vorliegt und daß der Einwohner desselben Dorfes Josef Siedlecki als Täter in Frage kommt. (p)

Lenczyca. Unfall eines Eisenbahndiebes. Auf der Eisenbahnstrecke beim Dorfe Walichnow, Kreis Lenczyca, wurde nach dem Passieren eines von Lodz nach Kutno gehenden Güterzuges vom Streckenwärter in einer Blutlache ein Mann aufgefunden, dem das rechte Bein oberhalb des Knies abgeschnitten war. Es war dies der 25jährige Josef Dzienciolek aus Walichnow. Er wurde in ernstem Zustande im Krankenhause untergebricht. Er gab an, er habe die Reise nach Kutno als blinder Passagier machen wollen und sei beim Aufspringen auf den Zug unter die Räder geraten. Dzienciolek ist jedoch der Polizei als Eisenbahndieb bekannt, weshalb angenommen wird, daß er einen Diebstahl verüben wollte und dabei verunglückt ist. (a)

Konin. Zwei Arbeiter beim Abbruch eines Gebäudes schwer verunglückt. Der Besitzer des Gutes Leonow, Kreis Konin, Adam Meyer, wollte einen alten einstöckigen Speicher abbrechen lassen, wobei er die Arbeiter Marcin Zajonc und Stanislaw Ambroziak beschäftigte. Diese wollten sich die Arbeit dadurch erleichtern, daß sie eine Oeffnung in dem unteren Teile der Mauer herstellten, um sie darauf zum Einsturz zu bringen. Diese Berechnungen erwiesen sich jedoch als falsch, da die Wand bereits während der Herstellung der Oeffnung einstürzte und die beiden Arbeiter unter sich begrub. Beide trugen Rippen- und Armbrüche davon und wurden im Zustande der Agonie ins Krankenhaus gebracht. (a)

Kalisch. Verhaftung einer Falschgeldverbreiterin. Auf dem Jahrmarkt in Stawiszyn, Kreis Kalisch, wurde eine Frau bemerkt, die eingekaufte Waren mit falschen Einzlotystücken bezahlte. Sie wurde festgenommen und einer Leibesrevision unterzogen, wobei bei ihr 28 Falsifikate gefunden wurden. Auf dem Polizeiposten stellte sie sich als die 50 Jahre alte Pauline Siepke ohne ständigen Wohnsitz heraus. Sie wurde den Gerichtsbehörden übergeben. (p)

Sosnowice. Die Geliebte des Vaters erschossen. Die Eheleute Brandes, Kollontaja 11, hatten vor einiger Zeit ein Dienstmädchen namens Schwarz angestellt. Bald danach entwickelte sich zwischen der Schwarz und Herrn Brandes, der Vater von erwachsenen Kindern ist, ein enges Verhältnis, das zur Trennung der Eheleute Brandes führte. Brandes mietete der Schwarz in der Pusta 8 ein Zimmer und zog dann selber zu ihr. Er vernachlässigte sein Geschäft, so daß es schließlich aufgelöst werden mußte. Vorgestern begab sich der Sohn des Brandes, Borys, zu der Schwarz und nach einem heftigen Streit gab er auf sie drei Schüsse ab, die sie in den Kopf trafen. Nach der Tat ging er zur Polizei und sagte, daß er die Geliebte seines Vaters erschossen habe, weil sie die Ursache zum Ruin der Familie gewesen sei. Die schwerverletzte Schwarz wurde nach dem Krankenhaus gebracht, Borys Brandes verhaftet.

Radio-Stimme.

Sonnabend, den 17. September 1932.

Lodz (233,8 M.).

Polen.

11.58 Zeitzeichen, Krakauer Fanfare, Programmdurchsage, 12.10 Presseumschau, 12.40 Wetterbericht, 12.45 Schallplatten, 13.35 Schallplatten, 15.40 Hörspiel für Kinder, 16.05 Schallplatten, 16.40 Besprechung von Zeitschriften, 17 Nachmittagskonzert, 18 Vortrag, 18.20 Leichte und Tanzmusik, 19.10 Verschiedenes, 19.30 Bericht der Gesellschaft zur Förderung der Pferdezucht. 19.35 Nachrichten aus aller Welt, 19.45 Bericht der Lodzer Industrie- und Handelskammer, 20 Leichte Musik, 12.50 Nachrichten aus aller Welt, 21.55 Wetterbericht für die Luftschiffahrt, 22.05 Chopin-Konzert, 22.40 Sportbericht, 22.50 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.).
11.30 Konzert, 14 Schallplatten, 15.20 Jugendstunde, 16.05 Orchesterkonzert 19.10 Schubertwerke, 20 Siebzig Jahre Verein Berliner Presse, 22.30 Tanzmusik.

Königswusterhausen (938,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15.45 Frauenstunde, 16.30 Konzert, 19.45 Stille Stunde.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
12 Schallplatten, 13 Konzert, 15.50 Kinderstunde, 16.20 Frauenstunde, 16.40 Englisch, 17 Konzert, 20 Funkpotpourri, 22.20 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.)
11.30 Konzert, 13.10 Konzert, 15.15 Schallplatten, 16.30 Konzert, 18.15 Dialog: Nordland, 19.10 Klaviervorträge. 20 Funkpotpourri, 22.20 Tanzmusik.

Prag (617 kHz, 487 M.).
12.30 Konzert, 13.40 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung, 19 Blasmusik, 20 Violinkonzert, 20.30 Konzert, 22.40 Bunter Abend.

Börsennotierungen.

Geld.

Dollar U.S.A.	8.91

Schecks.

Berlin	212.15
Danzig	173.50
London	31.05
Neuyork	8.92
Paris	34.95
Prag	26.04
Schweiz	172.40
Wien	—.—
Italien	45.78